

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Erwachsenen- und Jugendzeitung einschließlich Druckerlohn monatlich 80 Pf. bei Vorbezogen vierjährig M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland M. 6.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Zingelstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Zingelstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdener Volkszeitung.

Nr. 107.

Dresden, Donnerstag den 12. Mai 1910.

21. Jahrg.

Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Bekämpfung der Tuberkulose.

Die 11. Generalversammlung des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde am Mittwoch in Berlin im Saal des Herrenhauses abgehalten. Staatssekretär Teilhard war die zahlreich erschienenen und besprach die Arbeiten des Komitees. Hieran schloß sich Generalsekretär Prof. Dr. Kietz mit Jahresbericht, an den sich eine Diskussion angeschlossen.

Der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung bildete das „Tuberkulose und Wohnungsfrage“. Ueber den theoretischen Teil sprach der Vorsitzende Prof. Dr. Kietz. Er sprach über die Hauptquelle der tuberkulösen Lungenschwindsucht, nämlich der tuberkulöse Mensch selbst. In dem von Lungen- und Nieren tuberkulose betroffenen Menschen lasse sich durch verschiedene Methoden nachweisen, daß fast jeder Mensch tuberkulös infiziert sei. Die tuberkulösen Keime werden durch die Luft in die Lunge eingeatmet. Die tuberkulösen Keime werden durch die Luft in die Lunge eingeatmet. Die tuberkulösen Keime werden durch die Luft in die Lunge eingeatmet.

Der praktische Teil der Frage behandelte Landeswohnungsdirektor Dr. Gressel. Er führte aus, daß die Tuberkulose eine Wohnungskrankheit ist, als das Zusammenleben in engen Räumen die Ursache der Verbreitung der Krankheit ist. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit.

Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit.

Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit.

Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit.

Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit. Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit.

auf in der Kindheit erworben Keime zurückgeführt werden können. Das Wichtigste sei, die Bevölkerung, namentlich die an Tuberkulose erkrankten Personen, zur Reinhaltung zu erziehen, um so die Gefahr für ihre Umgebung zu beseitigen und dahin zu wirken, daß alle tuberkulösen Familien von selbst darauf bringen, daß ihre gesunden Mitglieder aus dieser Umgebung gebracht, und ihre Wohnungen stets, vor allem bei jedem Wohnungswechsel, desinfiziert werden, um nicht eine Gefahr für die Nachbarn zu bilden.

Wohnungsinspektor Gressel-Darmstadt hob im Schlußwort nochmals hervor, daß eine Bekämpfung der Tuberkulose ohne Verbesserung im Wohnungswesen nicht möglich sei, und daß dazu eine Einwirkung auf den Bauplan auch gehöre, weil man sonst nicht zur Befestigung schlechter Wohnungen gelangen könne.

Es ist sehr bemerkenswert, wie gerade der Geheimrat Kirchner, eine einflussreiche medizinische Persönlichkeit im preussischen Kultusministerium, den Eifer für die einzig wirksame Bekämpfung der Tuberkulose abzuwachen versucht. Freilich, indem das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose auf das Wohnungsproblem zu sprechen kommt, so werden damit zugleich die furchtbaren Verhältnisse unserer herrschenden Mächte offenbar gemacht. Die Ausbeutung des Wohnungsbedürfnisses durch die Besitztümer des Bodens ist eine der furchtbarsten Erscheinungen des Kapitalismus, und die herrschenden Schichten in Gemeinde und Staat haben angedauert eine irgendwie ernsthafte Reform auf diesem Gebiete verhindert. Das Wohnungsproblem führt unmittelbar zur Frage des Wahlrechts in Gemeinde und Staat. Solange die Nutznießer der Bodenverwertung und der Mieterausbeutung durch ungerechte Wahlsteine die politische Macht innehaben, wird es auch unmöglich sein, das Wohnungsproblem der breiten Volksmassen gründlich zu verbessern und damit der verheerenden Ausbreitung der Tuberkulose vorzubeugen.

Die Regierungen, die die Herrschaft der Hausagrarier aufrecht erhalten und fördern, sind die Mitschuldigen an dem Jammer und der Verzweiflung, die mit todbringenden Krankheiten in hunderttausenden Familien der unermittelten Volksschichten einkehren.

Riefenbetriebe.

Die amtliche Statistische Korrespondenz des preussischen Statistischen Landesamtes veröffentlicht die Ergebnisse einer Untersuchung über die Entwicklung zu Riefenbetrieben in der Industrie. Es heißt in der Arbeit:

Die gewerbestatistische Unterscheidung der gewerblichen Handels- und Verkehrsunternehmungen in Preußen nach der Zahl der darin beschäftigten Personen gibt die Möglichkeit, die Entwicklung von Gewerbe, Handel und Verkehr nach der Richtung auf Riefenbetriebe in lehrreicher Weise darzustellen. Als „Riefenbetriebe“ betrachten wir die Unternehmungen mit je über 1000 beschäftigten Personen. Dieses Merkmal ist gewählt, obwohl die Betriebsgröße, insbesondere soweit die Warenherzeugung in Betracht kommt, nicht leblich durch die Personenzahl gekennzeichnet wird; die Ergänzung der menschlichen Arbeitskraft durch motorische Kräfte, Maschinen und Arbeitsvorrichtungen aller Art hat bei dem heutigen Stande der Technik eine so große Bedeutung, daß sie das wirtschaftliche Gewicht der Personenzahl nicht selten an zweiter Stelle drängen. Aber nach irgendeinem Merkmale muß man greifen, wenn die größten wirtschaftlichen Unternehmungen aus der Menge aller übrigen herausgehoben werden sollen.

Es wird dann darauf hingewiesen, daß schon früher ermittelte Ergebnisse die „Richtung auf Konzentration“ erwiesen hätten, und dann heißt es weiter:

Zu gleichem Ergebnis führt die Betrachtung der „Riefenbetriebe“, deren Vermehrung seit 1895 und Ausstattung mit menschlichen und motorischen Arbeitskräften folgende Zahlen kennzeichnen. An Unternehmungen (ohne die Eisenbahnen, Post und Telegraphie) mit je mehr als 1000 beschäftigten Personen fanden sich in Preußen 1895 208 mit 408 778 Personen und 552 741 verwendeten Pferdestärken, 1907 aber 385 mit 987 467 Personen und 1 832 172 Pferdestärken; die Zunahme seit 1895 betrug also 85,1 Prozent Betriebe, 141,5 Prozent der Personen und 231,47 Prozent der Pferdestärken. Da sich im Vergleich mit den Jahren 1895 und 1907 die Personenzahl der Riefenbetriebe nur um 10,6 Prozent, die Personen nur um 43,29 Prozent und die Pferdestärken nur um rund 130 Prozent (ohne Berücksichtigung der elektrischen Motoren) vermehrt haben, so ist die Entwicklung der Riefenbetriebe ungleich viel stärker gewesen und somit ein bezeichnendes Zeichen der Entwicklungsrichtung. Dies ist auch den folgenden Zahlen über die Riefenbetriebe zu entnehmen. Auf solche entfielen von 1000 Personen aller Gesamtbetriebe 1895 69,6, 1907 118,5 und von 1000 Pferdestärken 25,5 bzw. 35,7; im Durchschnitt arbeitete ein Riefenbetrieb 1895 mit 1963, 1907 mit 2563 Personen und mit 2657 bzw. 4759 Pferdestärken.

In den Gewerbebetrieben zeigen sich erhebliche Unterschiede, wie es nach der Natur der darin zusammengefaßten Unternehmungen nicht anders sein kann. Die größte Bedeutung haben die Riefenbetriebe in der Gruppe Bergbau, Hütten, Salinen, Torfgräberei; von 1000 Arbeitern entfallen hier 1907 717,8 und von 1000 Pferdestärken 778,9 auf sie, eine starke Vermehrung gegen 1895 mit 556,2 bzw. 544,8; durchschnittlich arbeitete jeder dieser Riefenbetriebe 1907 mit 2855 Personen und 7896 Pferdestärken, 1895 mit 2003 bzw. 3673. Hinsichtlich der Durchschnittszahl der beschäftigten Personen sind 1907 noch bedeutender die Riefenbetriebe in den Gruppen Bergbau, Metallverarbeitung und Lederindustrie, für welche sich 3367 bzw. 3171 und 3089 Personen berechnen.

Seit 1895 ist die durchschnittliche Personenzahl der Riefenbetriebe am meisten in der Lederindustrie gestiegen. Von 1058 auf 3089, ferner in den Gruppen Metallverarbeitung von 1679 auf 3171, Polgraphische Gewerbe von 1341 auf 2384 und Handelsgewerbe von 1005 auf 1881. Ein Rückgang ist nur zu verzeichnen für Chemische Industrie von 1948 auf 1891 und ein Stillstand für Textilindustrie mit 1673.

Noch bedeutender sind die Veränderungen in der Durchschnittszahl der Pferdestärken der einzelnen Gruppen. Die Pferdestärken sind aber heute lange nicht mehr so wie 1895 die üblichen motorischen Arbeitskräfte; sie sind in erheblichen Umfang durch elektrische Kräfte ersetzt. Deshalb müßte, wenn man die motorischen Kräfte der Riefenbetriebe vollständig nachweisen wollte, die Leistung der nicht in ihnen selbst liegenden elektrischen Kraftquellen usw. noch hinzugefügt werden.

Alles in allem bestätigen auch diese statistischen Mitteilungen den gewaltigen Konzentrationsprozeß in der Industrie und im Verkehrswesen. Mit diesem Prozeß aber werden die privaten Kapitalisten immer mehr überflüssig gemacht, die Leitung solcher konzentrierter Riefenbetriebe wird immer mehr durch Verwaltungskörperschaften aus angestellten Personen besorgt, der Kapitalist ist nur noch Profitbesitzer, Parasit am Wirtschaftskörper. So bilden sich aber auch bereits im Schoße der kapitalistischen Wirtschaftsweise die Keimzellen einer höheren, einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, die technisch auf höchster Stufe steht, deren Ertrag aber nicht einzelnen Kapitalisten, sondern der Gesamtheit der Arbeitenden zufällt.

Der preussische Jammer.

Bei den Nationalliberalen lächelt es jeden Tag witziger durcheinander: wir wollen rechts — wir wollen links — wir wollen mit den Konservativen das immerhin doch annehmere Wahlgesetz durchführen — wir können uns auf keinen Fall durch Annahme dieses ganz schlechten Gesetzes kompromittieren! Welche von den zwei nationalliberalen Seelen den Sieg behalten wird — niemand kann es sagen. Bezeichnend aber ist es, daß die Drahtzieher der Landtagsaktion von der Einberufung eines preussischen Vertretertages nichts wissen wollen. Die Nationalliberalen Korrespondenz wendet sich gegen die Forderung der Jungliberalen mit der Bemerkung, daß die Verantwortung allein bei den Abgeordneten selbst liege, eine „höchste Parteinstanz“ gebe es für die Nationalliberalen nicht! Die Neigung zum Unfall ist also sehr stark.

Andererseits stimmt die Sache auch im konservativen Lager noch keineswegs. Darauf deutet eine Warnung, die vielleicht offiziellen Ursprungs, in den Berl. Pol. Nachr. an diese Partei gerichtet wird. Da heißt es:

„In den Kreisen derjenigen Politiker, die innerlich jeder Aenderung des preussischen Wahlrechts widerstreben, scheint die Auffassung verbreitet zu sein, daß, wenn die jetzt zur Beratung stehende Wahlvorlage nicht zustande kommt, die Wahlreform in der Beratung verschwinden und es einfach, als wäre nichts geschehen, sein Bewenden bei den bisherigen Bestimmungen haben werde. Diese Auffassung kann aber eine ernsthafte Prüfung nicht bestehen, denn das geltende Wahlrecht ist nach dem Verlaufe, welchen die Verhandlungen des Landtages genommen haben, nicht mehr in seinem wichtigsten Grundgedanken ganz handfest. Die öffentliche Stimmabgabe, welche einen wesentlichen Bestandteil des jetzt geltenden Wahlrechts bildet, ist von beiden Säulern des Landtags lassen gelassen und die Regierung hat sich diesen Beschaffen der Landesvertretung gefügt. Damit ist die Art an die Wurzeln dieses Teiles des geltenden Wahlrechts gelegt. Es kann als sicherer Bestandteil einer dauerhaften Ordnung des Wahlrechts nicht mehr gelten und birgt, wenn anders es nicht bald durch eine lebenskräftigere Form der Abstimmung ersetzt wird, die Gefahr des Niederkommens des ganzen Wahlrechts in sich. Wenn daher nach einem etwaigen Scheitern der jetzigen Wahlvorlage auch vorläufig das bisherige Wahlrecht unverändert in Geltung bliebe, so könnte das doch nur für eine kurze Spanne Zeit sein, bis es entweder durch Ausschließung der morschen Teile sachgemäß reformiert oder mangels einer solchen Reform durch äußeren Druck umgestürzt wird. Daß alsdann in jedem Falle die Aussicht, von dem bisherigen Wahlrecht auf die Dauer möglichst viel zu erhalten, sehr viel geringer sein würde als jetzt, bedarf der näheren Darlegung nicht.“

Advertisement text on the left margin, including 'Zubehör', 'gratis', 'Emaillier', 'Kleinsinger', 'Kranke'.

Advertisement text on the right margin, including 'nicht pagen', 'Bereit', 'nicht pagen', 'Bereit'.